

gierung auf die Wahrung ihrer eigenstaatlichen Souveränität gerichtet sein mußten.

Diese Vorgänge beschreibt der Vf. eingehend mit vielen interessanten Einzelheiten in fünf Kapiteln, wobei Kap. 1 die polnische Minderheit in ihrer Lage und Wirksamkeit im allgemeinen behandelt, Kap. 2 das Schulwesen dieser Minderheit in seiner Entwicklung seit 1920 in der Auseinandersetzung mit den Danziger Behörden, Kap. 3 die vom Senat der Freien Stadt eingerichteten öffentlichen Volksschulen mit polnischer Unterrichtssprache (die sog. Senatschulen), Kap. 4 die Privatschulen und Kap. 5 die polnische Bildungsarbeit und Kulturpropaganda im Gebiet der Freien Stadt Danzig außerhalb der Schulen. Ein Eingehen auf gewisse Äußerungen dieser polnischen Kulturpropaganda erscheint hier überflüssig. Das Werk beschließt ein ausführliches Quellen- und Literaturverzeichnis sowie eine Inhaltsangabe in deutscher Sprache.

Marburg a. d. Lahn

Ernst Bahr

Marek Andrzejewski: Socjaldemokratyczna Partia Wolnego Miasta Gdańska 1920—

1936. [Die Sozialdemokratische Partei der Freien Stadt Danzig 1920—1936.] (Gdańskie Towarzystwo Naukowe, Wydział I: Nauk społecznych i humanistycznych, Seria monografii, Nr. 74.) Zakład Narodowy im. Ossolińskich, Wydawnictwo, Oddział w Gdańsku. Breslau, Danzig 1980. 244 S., russ. u. deutsche Zufass..

Marek Andrzejewski, der im verganenen Jahrzehnt mit mehreren Veröffentlichungen zur Geschichte der Freien Stadt Danzig an die Öffentlichkeit getreten ist, von denen vier die Danziger Sozialdemokraten behandeln, hatte sich für die hier angezeigte Arbeit die Aufgabe gestellt, „die in der Freien Stadt Danzig wirkende SPD“ in ihrer Innenpolitik und ihrem Verhalten zu Polen und zum Deutschen Reich zu charakterisieren. Dazu bediente er sich neben den reichlich vorhandenen gedruckten Darstellungen zu diesem Thema auch archivalischer Quellen, vor allem zeitgenössischer Presseveröffentlichungen in ihren verschiedenen parteipolitischen Schattierungen. Einer knappen Einleitung folgen in seiner Darstellung sieben Hauptabschnitte mit einer kurzen Schlußbetrachtung. Kap. I umreißt zunächst die Entwicklung der Danziger Arbeiterbewegung bis zum Ausbruch des Ersten Weltkrieges, anschließend deren Wandlungen in den folgenden Kriegsjahren, schließlich die Stellung von SPD, USPD und KPD zwischen der November-Revolution von 1918 und dem 15. November 1920, dem Gründungstag der unter den Schutz des Völkerbundes gestellten Freien Stadt Danzig. Der folgende Hauptabschnitt ist den Danziger parteipolitischen Verhältnissen der Jahre 1920 bis 1922 gewidmet, in denen nach dem Zusammenschluß von SPD und USPD am 24. September 1922 in Nürnberg am 18. November 1922 es auch in Danzig zum Zusammenschluß dieser beiden Parteien gekommen ist. In ähnlicher Weise wird das Verhalten der Danziger SPD in den Kapiteln III und IV für die Jahre 1923—1926 und 1927—1930 bei den wechselnden Danziger Regierungen, an denen die SPD mehrfach beteiligt war, beschrieben. Eine Wende der parteipolitischen Stärkeverhältnisse brachte die Danziger Volkstagswahl vom 14. September 1930, wobei die NSDAP 16 Mandate gewann. Nach dem Rücktritt von Heinrich Sahn als Präsident des Senats der Freien Stadt Danzig wurde Anfang Januar 1931 Ernst Ziehm zu seinem Nachfolger gewählt. Die Haltung der SPD in den Jahren der schnell wachsenden Bedeutung der NSDAP von 1930—1933 untersucht A. in Kap. V. Das folgende

VI. Kap. behandelt die Zeit der nun folgenden „Gleichschaltung“ der Danziger Verhältnisse mit jenen im Reich nach der Volkstagswahl vom 28. Mai 1933, bei der die NSDAP 51 v. H. der abgegebenen Stimmen erhielt. Darauf trat Ernst Ziehm als Präsident des Senats zurück (am 20. Juni 1933), Hermann Rauschning wurde sein Nachfolger. Mit dem Verbot der SPD in der Freien Stadt Danzig im Oktober 1936 endet der Betrachtungszeitraum dieser Arbeit. Abschließend (S. 216 f.) glaubt der Vf. feststellen zu dürfen, daß die Bemühungen der Danziger SPD um einen Spannungsabbau zwischen Polen und der Freien Stadt Danzig keinen entscheidenden Erfolg gebracht haben, weil ihre führenden Persönlichkeiten nicht imstande gewesen seien, sich bei den gegebenen komplizierten Verhältnissen zwischen beiden Partnern zu Entscheidungen aufzuschwingen, die für die Lösung der deutsch-polnischen Problematik hätten beispielgebend werden können.

Marburg a. d. Lahn

Ernst Bahr

Heinz Herbert Brausewetter: Von Gutsherren und Künstlern. Eine ostdeutsche Biographie. Verlag Weidlich. Frankfurt/M. 1980. 224 S., 10 Abb.

Biographische Aufzeichnungen aus dem Osten Deutschlands sind schon heute wichtige Quellen zur Dokumentation der Jahrzehnte vor und nach dem Zweiten Weltkrieg, da amtliche Materialien, Archivbestände herkömmlicher Art, die Auskunft geben würden, weitgehend fehlen. In diesem Zusammenhang kommt auch der „ostdeutschen Biographie“ des 1980 verstorbenen Verfassers Bedeutung zu. Sie wurde erstmalig von Juni 1976 bis April 1978 in 71 Folgen unter dem Titel „Der Zeiten Glanz und Geißel — erlebt und erlitten seit 1910“ in „Unser Danzig“ veröffentlicht. In der vorliegenden Buchausgabe ist lediglich ein „Epilog“ angefügt worden.

Der Bogen, den der Vf. von der wohlbehüteten Welt des Kaiserreiches über die Wirren der Weimarer Republik, der Hitler-Zeit und der Zeit des Zweiten Weltkrieges bis hin zur sowjetischen Gefangenschaft und zum Neubeginn nach 1950 in der Bundesrepublik schlägt, ist auch für so viele andere Lebensschicksale dieses Jahrhunderts charakteristisch; die vorliegende Biographie darf also Aufmerksamkeit beanspruchen. Der Vf. entstammt einer alteingesessenen Danziger Familie. Der Vater war Pfarrer an St. Marien und Schriftsteller; dieser Familientradition verdankt der Vf. seine spätere enge Verbindung zu Theater, Oper, Presse und Rundfunk. Im Jahre 1914 erbte er das seit dem 16. Jh. im Familienbesitz befindliche Gut Bendiesen über Nautzken, Kr. Labiau. In Danzig legte er sein Abitur ab, lernte danach auf zwei Gütern im Samland, wobei er die Möglichkeit nutzte, am Königsberger Theater- und Zeitungsleben teilzunehmen.

Bemerkenswert sind lokale, beinahe schon kuriose Einzelheiten, die durch diese Aufzeichnungen immerhin vor dem Vergessen bewahrt bleiben. Von allgemeinerem Interesse sind zeitgeschichtliche Mitteilungen: Der Vf. berichtet von einem Besuch in Wien 1936, wo er Robert Winterstein traf, einen Großonkel aus einer in Wien beheimateten Linie der Familie, der zugleich Justizminister in der Regierung Schuschnigg war. Winterstein sprach über einen Plan der Regierung, die Monarchie in Deutsch-Österreich wiederherzustellen, denn dies sei die einzige Möglichkeit, die Übernahme Österreichs durch Hitler zu verhindern. Für diesen Plan könnten wohl auch die Italiener gewonnen werden.

In den bewegten Jahren 1931–32 gab der Vf. in Königsberg die Zeitung „Schwarze Fahne“ heraus, die in Ostpreußen ein Sprachrohr der aufbegehrenden Bauernbewegung war, die in vielen Teilen des Reiches auftrat.